

Fragen zur Bildungspolitik für die Nationalratswahlen 2024

Sehr geehrte Frau Tollinger,

liebe Bildungsbewegte der Initiative gemeinsame Bildung 2.0,

vielen Dank für die Zusendung ihrer bildungspolitischen Fragen im Vorfeld der kommenden Nationalratswahlen. Die KPÖ steht vollinhaltlich hinter den Anliegen des „Salzburger Manifest“.

Ich darf ich Ihnen folgende Beantwortung im Namen der KPÖ zukommen lassen – PDF im Anhang.

Für Rückfragen stehe ich natürlich gerne zur Verfügung!

Mit solidarischen Grüßen

Rainer Hackauf, Bundessprecher der KPÖ

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bildung betrifft uns alle! Im Vorfeld der bevorstehenden Nationalratswahlen möchten wir Ihnen im Namen unserer Bildungsinitiative gemeinsame Bildung 2.0 – einem Zusammenschluss von über 50 Organisationen mit dem Arbeitsschwerpunkt Bildung - einige Fragen zum Thema Bildung stellen.

Wir sind überzeugt: Bildung ist der Schlüssel für eine gelingende Zukunft. Angesichts der vielfältigen Krisen in der Welt und im Bildungssystem muss Bildung stärker in den Fokus der politischen Diskussion rücken. Daher möchten wir auch Ihre Standpunkte zu diesem Thema erfahren.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie sich die Zeit nehmen könnten, unsere Fragen zu beantworten und Ihre Position zu bildungspolitischen Themen darzulegen. Ihre Antworten werden wir, sofern Sie uns diese zur Verfügung stellen, auf unserer Homepage veröffentlichen, um unseren Unterstützern und der Öffentlichkeit einen Einblick in Ihre bildungspolitischen Ziele zu geben. Die Fragen finden Sie im Anhang.

Basis unserer Fragen ist unser „Salzburger Manifest“, das unsere Visionen für eine gerechtere, inklusivere und gemeinsame Bildung beschreibt welches wir Ihnen schon zugesandt haben.

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung bis längstens 24.8.2024 und hoffen auf eine konstruktive Diskussion über dieses wichtige Thema.

Mit freundlichen Grüßen
das Team gemeinsame Bildung 2.0

<https://www.gemeinsamebildung.at/>

Fragen zur Bildungspolitik für die Nationalratswahlen 2024

Im Rahmen unserer Bildungsinitiative möchten wir Ihre Standpunkte zu wichtigen bildungspolitischen Fragen erfahren. Ihre Antworten werden veröffentlicht, um den Wähler:innen Einblick in Ihre Bildungsagenda zu geben. Wir danken Ihnen für Ihre Antworten.

Mit der Zusendung der Fragen an Sie werden wir diese auch auf unserer Homepage veröffentlichen und ankündigen, dass wir Ihre Antworten sofort nach Erhalt ebenso veröffentlichen werden. Sollte bis zum 24. August 2024 keine Antwort vorliegen, werden wir „KEINE RÜCKMELDUNG ERHALTEN“ bei Ihrer Partei eintragen, sofern Sie uns nicht um eine spätere Zusendung ersuchen. In diesem Fall schreiben wir, wann Ihre Rückmeldung angekündigt ist.

FRAGE 1: Gemeinsame Schule für alle 6–15 Jährigen:

Alle Schülerinnen und Schüler sollen in einer gemeinsamen, inklusiven Schule jene Bildungsangebote bekommen, die ihren Lernvoraussetzungen entsprechen. Sind Sie für eine gemeinsame Schule ALLER Schülerinnen und Schüler?

i) Wenn ja, wie wollen Sie das erreichen?

Die KPÖ spricht sich für eine gemeinsame ganztägige Pflichtschule aller 6-15-Jährigen aus. Damit soll mit der frühen Aufspaltung der Kinder in Mittelschule und AHS-Unterstufe und das immer noch nicht abgeschaffte Abschieben in Sonderschulen auch in Österreich Schluss gemacht werden. Wir wollen, dass mit einer materiell und personell gut ausgestatteten ganztägigen Pflichtschule für alle auch der permanente Notendruck, der Lernmotivation und Lernfreude zerstört und Schüler:innen und ihre Familien – dort insbesondere Frauen – belastet, abgeschafft und durch individuelle Förderung, soziale Integration und wirksame Inklusionsmaßnahmen ersetzt wird.

Wir wissen, dass dieser grundlegende und mehrere Legislaturperioden beanspruchende Reformprozess von den betroffenen Eltern, Schüler:innen und Pädagog:innen mitgetragen werden muss und die Neuregelung der Schulkompetenzen zwischen Bund, Gemeinden und Ländern eine konsequente öffentlich wirksame Überzeugungsarbeit und die soziale Umverteilung von Budgetmitteln brauchen wird. Deshalb wollen wir als KPÖ dazu beitragen, dass bei den Nationalratswahlen 2024 die Gesamtschulfrage, d.h. Inklusion, Integration und die Notwendigkeit einer gemeinsamen ganztägigen Pflichtschule, nicht wahltaktisch verschwiegen, sondern offen diskutiert wird.

Zur Finanzierung des Bildungs- und aller sozial wirksamen Budgets tritt die KPÖ für die soziale Umverteilung gesellschaftlich erarbeiteten Reichtums ein und fordert eine Steuerpolitik, die private Vermögen, Stiftungen, Immobilien- und Grundbesitz wesentlich und stärker als bisher zur Finanzierung des Sozialstaates heranzieht.

~~ii) Wenn nein, erklären Sie bitte, warum nicht?~~

FRAGE 2: Chancengerechtigkeit:

Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um in Österreich mehr Chancengerechtigkeit unabhängig vom Bildungsgrad der Eltern zu erreichen?

Für die KPÖ sind auch Bildungsfragen Klassenfragen. Kinder und Jugendliche aus Arbeiterfamilien, Kinder von Alleinerzieher:innen, von Migrant:innen, von armutsgefährdeten Erwerbsarbeitslosen werden in der kapitalistischen, von neoliberalen Sozialabbau geprägten Gesellschaft um Bildungs- und Lebenschancen gebracht, ausgegrenzt und abgeschoben.

Gegen das 1962 in den Verfassungsrang erhobene und mit jeder wirtschaftlichen und sozialen Krise gewachsene Bildungsunrecht helfen keine kosmetischen Reformen und keine neuen Namensschilder, darum tritt die KPÖ für einen Systemwechsel ein. Das österreichische Schulsystem braucht einen inklusiven, sozialen und demokratischen Neustart für das österreichische Schulsystem. Eine zentrale Bildungsforderung der KPÖ ist die gemeinsame ganztägige Pflichtschule aller 6- bis 15-Jährigen mit kostenlosem Schulessen, Freizeit-, Kreativ- und Sportangeboten.

FRAGE 3: Qualitätsvoller Kindergartenbesuch für alle Kinder:

Welche Maßnahmen sollen ergriffen werden, um allen Kindern einen qualitätvollen Kindergartenbesuch zu ermöglichen?

Wir fordern auch den bundesweiten Ausbau ganztägiger Kindergärten, in denen das Recht auf individuelle Förderung, Inklusion und Elementarbildung für alle schon von Klein auf – unabhängig vom Bildungsgrad oder der sozialer Herkunft der Eltern – verwirklicht werden kann. Dazu braucht es bundeseinheitliche Rahmenbedingungen (Qualitätsstandards für Räumlichkeiten, Ausstattung, Gruppengrößen, pädagogisches und Unterstützungspersonal, Arbeitsbedingungen, Ausbildung und Bezahlung der Elementarpädagog:innen).

Das Recht auf Inklusion und Elementarbildung für alle kann nur durch eine flächendeckende Kinderbetreuung ermöglicht werden, durch ausreichende Zuteilung von Ressourcen und, entsprechend dem konkreten Bedarf, Zusatzressourcen für Inklusionsmaßnahmen. Wir fordern ein Bundesgesetz Elementarbildung, das für alle Betreiber in Österreich verbindliche Rahmenbedingungen festschreibt und das die Bildungsqualität im Elementarbereich bundesweit verbessert. Für Gemeinden und andere öffentliche Träger öffentliche Bildungseinrichtungen der Elementarbildung fordert die KPÖ das Ende der chronischen Unterfinanzierung, stattdessen eine aufgabengerechte Finanzierung durch die Gemeinden und Bundeszuschüsse, die vom Bund direkt mit dem Gemeindebund ausverhandelt werden.

FRAGE 4: Investitionsbedarf:

Österreich liegt bei den Bildungsausgaben gemessen am BIP sowohl mit Blick auf die Elementarbildung als auch auf den Schulbereich unter dem OECD-Schnitt und deutlich unter den Ausgaben von Top-Performer Ländern innerhalb der EU. Sehen Sie Handlungsbedarf und wenn ja, in welchen Bereichen besteht Ihrer Meinung nach der dringendste Investitionsbedarf?

Für den flächendeckenden Ausbau von ganztägigen Kindergärten, für die Neuorganisation des Schulsystems mit der gemeinsamen ganztägigen Pflichtschule aller 6- 15-Jährigen als Basis und Kernbereich und für die Verwirklichung des Menschenrechts auf Inklusion, zu der sich Österreich mit der Unterzeichnung der UN-Behindertenkonvention 2008 verpflichtet hat, braucht es mehr und zusätzliches Personal und Zusatzinvestitionen in Bauten und Ausstattung. Dieser Mehrbedarf kann mit der notwendigen Neuordnung von Kompetenzen und dem Abbau der teuren Doppelt- und Mehrfachverwaltung im Elementar- und Pflichtschulbereiches allein nicht ausgeglichen werden.

Mehr Geld für Soziales, Gesundheit und Bildung braucht die soziale Umverteilung des gesellschaftlich erarbeiteten Reichtums und privat angeeigneter und vererbter großen Vermögen von den Großaktionären, Immobilien- und Großgrundbesitzern zu den Lohnabhängigen, Erwerbsarbeitslosen, den Kindern, den Jungen und den Alten, zu allen sozial Benachteiligten.

FRAGE 5: Umwandlung von Sonderschulen:

Befürworten Sie die Umwandlung der Sonderschulen zu Regelschulen und treten Sie somit für die Abschaffung des segregierenden Orts der Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen ein?

Die KPÖ tritt für die Verwirklichung des Menschenrechts auf Inklusion ein und damit gegen die jetzige Diskriminierung und Ausgrenzung behinderter Kinder. Bildungsreformen und Inklusion müssen auf allen Ebenen, vom Kindergarten bis zur Berufs-, der Hochschulausbildung und Erwachsenenbildung Hand in Hand gehen.

FRAGE 6: Aufhebung der 2,7% Deckelung für Inklusion:

Treten Sie dafür ein, die 2,7% Deckelung für den Bereich der Sonderpädagogik/Inklusion sofort aufzuheben und die Ressourcen nach dem tatsächlichen Bedarf zuzuweisen?

Ja. Denn es gibt deutlich mehr Kinder, die einen erhöhten Förderbedarf haben. Aber nur für 2,7 Prozent dieser Kinder gibt es zusätzlich Ressourcen. Das ist zu wenig. Die KPÖ fordert die bedarfsgerechte Zuteilung dieser Förder-Ressourcen an die jeweilige Bildungsstätte. Das von uns geforderte ganztägige Pflichtschuljahr aller 6-15-Jährigen soll eine Schule für alle Kinder sein, die mit individueller Förderung, sozialer Integration und Inklusion allen Kindern zugutekommen und deren Eltern – und damit vor allem auch oft mehrfachbelastete Mütter – entlasten soll.

FRAGE 7: Planungssicherheit und Mangel an Lehrpersonen:

Wie kann es gelingen, dass das Ministerium und die Bildungsdirektionen zielsicherer vorausplanen können, insbesondere vor dem Hintergrund des eingetretenen Lehrermangels und der demographischen Veränderungen?

Die KPÖ unterstützt die Forderungen der Pädagog:innen und ihrer ÖGB-Gewerkschaften nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Entlastung der Lehrer:innen, der Elementar- und Freizeitpädagog:innen und der Leitungen von unterrichts- und betreuungsfremden, „von oben“ angeordneten Zusatzarbeiten. Wir unterstützen den Ausbau von Autonomie und Eigenverantwortung der Bildungseinrichtungen und der in ihnen Tätigen, wir fordern eine bildungs- und bedarfsgerechte Ressourcenzuteilung.

FRAGE 8: Pädagogische Expertise und Personalressourcen:

Welche Maßnahmen werden ergriffen, um dem Mangel an Lehrpersonen entgegenzutreten? Welche anderen Personalressourcen erscheinen Ihnen zentral für eine gelingende Bildung?

Die laufende Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der Arbeitseinkommen und eine Arbeitszeitverkürzung der Pädagog:innen motiviert, beugt Burnout-Erkrankungen vor und verringert die Tendenz zum Berufswechsel. Diese Verbesserungen bewirken für Kinder- und Jugendliche bessere Entwicklungs- und Lernbedingungen und könnten damit vielen Eltern aufreibende Schulprobleme ersparen.

Zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen fordern wir auch mehr multiprofessionelle Teams und die Einstellung von mehr Pädagog:innen, von mehr Schulpsycholog:innen, Sozialpädagog:innen und von zusätzlichem Verwaltungspersonal. Diese Stärkung ist essenziell für den Bildungserfolg aller Kinder unter Berücksichtigung individueller Förderung, sozialer Integration und Inklusion.

FRAGE 9: Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Schule für das 21. Jahrhundert:
Welche konkreten Verbesserungsvorschläge haben Sie hinsichtlich der Ausstattung der Schulen und der Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte? Wie wollen Sie eine Schule für das 21. Jahrhundert fördern (Stichworte: Öffnung der Schulen im pädagogischen Sinne, Bildungsinhalte für die Zukunft der Schülerinnen und Schüler, Projektunterricht etc.)?

Ein grundlegender Teil der Ausstattung sind baulich geeigneten Schulgebäude und Klassen-, Gruppen-, Freizeit- und Rückzugsräume, gut ausgestattete Räume für Naturwissenschaften, Kreativ-Musisches und Sport, Freiräume für Schulveranstaltungen und – in Ballungsräumen oft nicht vorhanden – Grünflächen, Wiesen und Bäume. An vielen Schulen gibt es überdies immer noch große Probleme bei der IT-Ausstattung der Schulen. Autonomie und Eigenverantwortung jeder Bildungseinrichtung brauchen ausreichende gesicherte Personalressourcen für Planungssicherheit und Schulentwicklung.

FRAGE 10: Bildungsbegriff:

Basis aller bildungspolitischen Initiativen ist Ihr Verständnis von Bildung. Deswegen möchten wir abschließend fragen, ob Sie die Aufgaben der österreichischen Schule, dargelegt im §2 SCHOG, als noch zeitgemäß empfinden und wie Sie Ihren Bildungsbegriff beschreiben würden.

Die 1962 in den Verfassungsrang gesetzte Aufgabe der österreichischen Schule ist die Erziehung der Kinder und Jugendlichen nach nicht näher bestimmten „sittlichen, religiösen und sozialen Werten sowie nach den Werten des Wahren, Guten und Schönen“ durch Schule und Unterricht war und ist auch heute nicht zeitgemäß.

Die Entwicklung eines zukunftsorientierten solidarischen Bildungsbegriffes, der die selbstbestimmte, demokratische Teilhabe aller am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben fördert und auf die Verwirklichung politischer und sozialer Menschenrechte in Frieden und die Wohlfahrt aller abzielt, sehen wir als grundlegenden Teil der von uns geforderten großen Schulreform – jenseits überkommener Vorstellungen nach §2 SCHOG, wie auch jenseits der „Ökonomisierung des Bildungssystems“. Wesentliches Ziel von Bildung soll hingegen das kritische Denken-Lernen als Mittel des Hinterfragens und Überwindens von wirtschaftlichen und politischen Macht- und Herrschaftsverhältnissen sein.

Die KPÖ tritt daher für die Individuelle Förderung aller Kinder und Jugendlichen, für soziale Integration und Inklusion im gesamten Bildungssystem ein, unsere zentralen Forderungen sind die gemeinsame Elementarbildung und die gemeinsame Pflichtschule aller 6-15-Jährigen.

Mit freundlichen Grüßen,

Rainer Hackauf

Bundessprecher der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ)